



Liebe Leserinnen und Leser,

am Donnerstag halte ich meine erste Rede im Plenum des Deutschen Bundestages zur Abschaffung der heimlichen Steuererhöhungen ("kalte Progression") bei der Einkommensteuer. Unter der „Kalten Progression“ ist die Steuermehrbelastung zu verstehen, die im zeitlichen Verlauf entsteht, wenn die Eckwerte eines progressiven Steuertarifes nicht an die Preissteigerungsrate angepasst werden. Im weiteren Sinne wird darunter auch die Steuermehrbelastung verstanden, die dann eintritt, wenn die Tarifeckwerte nicht an die durchschnittliche Einkommensentwicklung angepasst wird.

Im Parlament diskutieren wir unter anderem das Thema Parteienfinanzierung. Wir beschließen einen Antrag beim Bundesverfassungsgericht einzureichen, der die NPD von der deutschen Parteienfinanzierung ausschließt. Wer wesentliche Werte unserer Verfassung ablehnt, soll keine staatlichen Gelder erhalten. Die NPD missachtet die freiheitliche demokratische Grundordnung und verfolgt verfassungsfeindliche Ziele.

Außerdem war in dieser Woche der Tele-Arzt Dr. Thomas Assmann aus Lindlar zu Gast. Er stellte sein Zukunftsprojekt Telemedizin in der Arbeitsgruppe Kommunalpolitik der CDU/CSU-Fraktion vor.

I. Die politische Lage in Deutschland

70 Jahre Israel.

Was vor 70 Jahren mit der Gründung einer Heimstatt für das jüdische Volk begann, ist heute eine Erfolgsgeschichte geworden. Israel feiert mit Stolz sein Jubiläum. Aus einem Land, das bei seiner Gründung in eine höchst unsichere und umkämpfte Zukunft blickte, wurde die einzige funktionierende Demokratie im Nahen und Mittleren Osten, nunmehr ein Land, das sein eigenes „Silicon Valley“ besitzt und das ein wichtiger Teil der westlichen Wertegemeinschaft geworden ist.

Deutschland steht dabei durch den Zivilisationsbruch der Shoah in einem einzigartigen Verhältnis zu Israel. Dass Israelis und Deutsche trotzdem zu Freunden wurden, grenzt an ein Wunder. Dafür sind wir den Menschen in Israel dankbar.

Die ganz besonderen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel sind ein Grundpfeiler der deutschen Außenpolitik. Deutschland steht für das Existenzrecht des Staates Israel ein. Den Grundstein dieser Verpflichtung haben Ben Gurion und Konrad Adenauer gelegt. Dabei dürfen wir nie vergessen, welches Leid und Unrecht die Nationalsozialisten dem jüdischen Volk zugefügt haben. In diesem Bewusstsein und in Dankbarkeit über das seitdem Erreichte wollen wir die gemeinsame Zukunft unserer beiden Länder weitergestalten und unser Miteinander ausbauen.

Für Religionsfreiheitsbericht, gegen Antisemitismus.

Wir haben im Koalitionsvertrag ein klares Signal gesetzt: Religionsfreiheit, das Recht auf Glaubens- und Bekenntnisfreiheit, steht im Mittelpunkt unseres Verständnisses der Menschenrechte. Es schützt die Lebenspraxis und damit die Würde jedes Menschen in besonderer Weise – und steht doch an vielen Orten weltweit unter Druck. Der Religionsfreiheitsbericht, den das Auswärtige Amt 2016 erstmals vorgelegt hat und nun, wie von uns gefordert, alle zwei Jahre veröffentlichen wird, weist dies amtlich nach.

Viele Mitglieder unserer Fraktion setzen sich schon seit Jahren für das Recht auf Religionsfreiheit ein etwa im Stephanuskreis, der sich in dieser Woche unter seinem Vorsitzenden Prof. Heribert Hirte neu konstituiert. Diesem Kreis gehöre ich auch seit dieser Woche an. Besonders erfreulich ist, dass mit unserem Kollegen Markus Grübel nun der erste Beauftragte der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit sich intensiv um dieses Thema kümmern kann. Angesichts von Diskriminierung und schrecklicher Gewalt, die gegen Angehörige von religiösen Minderheiten weltweit verübt werden, ist dies ein gutes Zeichen.

So sehr wir in Deutschland für die Religionsfreiheit eintreten, so stehen wir auch ganz ausdrücklich gegen den Antisemitismus auf. Gegen diese gerade in unserem Land besonders widerliche Form der Unmenschlichkeit, die nicht nur, aber auch religiös begründet wird, gehen wir mit aller Entschlossenheit vor.

Es darf uns nicht ruhen lassen, dass jüdische Gemeinden und Einrichtungen in unserem Land schon bisher von der Polizei geschützt werden müssen. Dass zu dem leider bereits bestehenden Antisemitismus sich nun ein neuer, arabischer und islamistischer Antisemitismus gesellt, ist nicht zu akzeptieren. Es gibt keinen Zweifel: Deutschland ist die Heimat von Christen und Juden, vielen Angehörigen anderer Religionen, von Atheisten und Menschen, die sich gar nicht mit einem Glauben auseinandersetzen wollen. Der Hass gegenüber Religionen und Antisemitismus haben hier nichts zu suchen. Dieses Grundverständnis ist Teil unserer Leitkultur.

II. Die Woche im Parlament

Ausschluss der NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung. Bundestag und Bundesrat haben durch eine Grundgesetzänderung im Jahr 2017 die Möglichkeit in Art. 21 Abs. 3 GG geschaffen, gegen Parteien, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgen, Sanktionsmöglichkeiten unterhalb eines Parteienverbots beim Bundesverfassungsgericht zu beantragen. Wir beschließen ebenso wie Bundesrat und Bundesregierung, beim Bundesverfassungsgericht zu beantragen, die NPD für die Dauer von 6 Jahren von der staatlichen Parteienfinanzierung auszuschließen.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an drei verschiedenen Standorten weltweit. Wir stimmen in namentlichen Abstimmungen über die Verlängerung der Auslandseinsätze deutscher Streitkräfte an:

- der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA)
- der EU-geführten EU NAVFOR Somalia Operation ATALANTA zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias und
- der Militärmission der Europäischen Union als Beitrag zur Ausbildung der malischen Streitkräfte (EUTM Mali)

III. Daten und Fakten

Der Tele-Arzt aus Lindlar im Deutschen Bundestag. Am gestrigen Dienstag war der Lindlarer Hausarzt Dr. Thomas Assmann zu Gast in der Arbeitsgruppe Kommunalpolitik der CDU/CSU-Fraktion. Dr. Assmann stellte sein Zukunftsmodell der Telemedizin 50 anwesenden Abgeordneten und Mitarbeitern vor. Mit der sogenannten Telemedizin können Patienten bereits heute von Hausärzten, wie etwa Dr. Assmann, versorgt werden, ohne dass dieser selbst vor Ort sein muss. Eine Assistentin des Tele-Arztes fährt dabei zu den Patienten, misst den Blutdruck und überprüft sämtliche Vitalfunktionen. Bei Beschwerden kann sich der vertraute Hausarzt jederzeit mit einer Internetverbindung per Tablet zuschalten und den Patienten beraten. Für die Patienten werden so unnötige Krankenhausaufenthalte vermieden und es ermöglicht ihnen, möglichst lange in den eigenen vier Wänden leben können. Für den Arzt bedeutet diese Behandlungsmethode in erster Linie ein Zeitersparnis, mit der er sich weiteren Patienten widmen kann. So wird gewährleistet, dass in kurzer Zeit viele Patienten mit einem gleichbleibend hohen medizinischen Qualitätsstandard behandelt werden können. Gleichzeitig kann mit dieser Behandlungsmethode dem Rückgang der Landärzte entgegengewirkt werden.



Dr. Assmann (r.) erläutert die Vorteile der Telemedizin.
Foto: Bundestagsbüro Dr. Brodesser

Weiterhin hohes Wirtschaftswachstum für 2018 prognostiziert. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt wächst in diesem Jahr voraussichtlich um etwa zwei Prozent. Dies ergab die jüngste Prognose des Instituts der deutschen Wirtschaft. Treiber der starken Entwicklung ist der vor allem im Euro-Raum anhaltend starke Export. Der Umfrage zufolge rechnen über 50 Prozent der 2800 befragten Firmen mit einem Produktionsplus, lediglich acht Prozent erwarten einen Rückgang. Auch die Investitionen ziehen an: Im Jahr 2018 will knapp die Hälfte der Unternehmen mehr investieren, 46 Prozent möchten mehr Personal einstellen. Neben der anhaltend hohen Nachfrage nach deutschen Produkten auf dem Weltmarkt ist auch der Konsum im Inland weiterhin ungebremst. So erwarten die Konjunkturforscher für das derzeitige Jahr ein Konsumplus von knapp zwei Prozent.

(Quelle: IW Köln)

Herzliche Grüße!
Carsten Jochen